

**Niederschrift über die Sitzung des Beirates der Menschen mit Behinderung
vom 28.11.2024**

Anwesend:

(stimmberechtigte)

Sauer, Kerstin	Einwohnerin der Stadt Frankenthal
Bernay, Alexandra	Einwohnerin der Stadt Frankenthal
Kleinowski, Martin	Einwohner der Stadt Frankenthal
Leger, Gabriele	Einwohnerin der Stadt Frankenthal
Philippi, Antje	Einwohnerin der Stadt Frankenthal
Poh, Gerhard	Einwohner der Stadt Frankenthal
Heck, Thorsten	Förder- und Schwerpunktschulen
Clemens, Peter	CDU
Gauch, Anne	Die Grünen/Offene Liste

(nicht stimmberechtigte)

Gottinger, Meike	Fachdienst für Arbeit und Integration bei der ev. Heimstiftung Pfalz
Schönfelder, Britta	Landesverband der Gehörlosen RLP e.V. Fachdienste für Hörgeschädigte
Rien, Dr. Oliver	Dienstleistender für Menschen mit einer Hörbehinderung
Löwer, Birgit	Verwaltung
Bischof, Bastienne	Teilhabe behinderter Menschen

Es fehlen entschuldigt:

(stimmberechtigte)

Fröhlich, Frauke	Einwohnerin der Stadt Frankenthal
Günther, Klaus	Einwohner der Stadt Frankenthal
Reddig, Dorothee	Einwohnerin der Stadt Frankenthal
Stock, Christina	Einwohnerin der Stadt Frankenthal
Weißmann, Ingrid	FWG
Bleyl, Nicole	AfD
Pfleger, Stefan	SPD

(nicht stimmberechtigte)

Riedt, Rainer	Ökumenisches Gemeinschaftswerk Pfalz GmbH, Ludwigshafener Werkstätten
Laibach-Neuberger, Michaela	Pfalzinstitut für Hören und Kommunikation
Zipperle, Jaqueline	Psychiatriekoordinatorin

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr - Ende der Sitzung: 19:40 Uhr

Die Mitglieder des Beirates der Menschen mit Behinderung waren durch Einladung vom 21.11.2024 auf Donnerstag, den 28.11.2024 unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Zugleich mit der Einladung wurde die Sitzung unter Angabe der Tagesordnung ortsüblich bekanntgegeben.

Die Tagesordnungspunkte 1 bis 8 und 10 wurden in öffentlicher Sitzung, der Tagesordnungspunkt 9 in nichtöffentlicher Sitzung im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Neumayerring 72, behandelt. Im Anschluss wurden die Entscheidungen aus der nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.



(Vorsitzende/r)



(Schriftführer/in)

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Begrüßung - Kerstin Sauer
2. Verpflichtung der neuen Beiratsmitglieder - Kerstin Sauer
3. Verabschiedung Protokoll vom 11.07.2024 - Kerstin Sauer
4. Vorstellung der Landesbehindertenbeauftragten Ellen Kubica und Vorstellung des Landesaktionsplanes - Ellen Kubica per Videozuschaltung
5. Stellungnahme seitens der Verwaltung zum Tätigkeitsbericht des Beirates 2020 - 2024 - Bürgermeister Bernd Knöppel und Leiter des Bereiches Ordnung und Umwelt, Bernd Schönhardt
6. Müllabfuhr/Mülltonnen - Peter Clemens
7. Aktualisierter Maßnahmenkatalog des Beirates für einen kommunalen Aktionsplan - Kerstin Sauer
8. Verschiedenes - Bastienne Bischof

Nichtöffentliche Sitzung

9. Öffentlichkeitsarbeit des Beirates

Öffentliche Sitzung

10. Bekanntgabe der Ergebnisse aus dem nicht-öffentlichen Teil



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Begrüßung - Kerstin Sauer

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 1	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A, B, C					

Protokoll:

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende Kerstin Sauer die Mitglieder des Beirates, die Gebärdensprachdolmetschenden Daniela Dachtler und Michael Schultheis sowie die Vertreterin der Presse Magdalena Ringeling.

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung frist- und termingerecht erfolgte.

Sie entschuldigt die stimmberechtigten Mitglieder Nicole Bleyl, Frauke Fröhlich, Michaela Laibach – Neuberger, Stefan Pflieger, Dorothee Reddig, Rainer Riedt, Christina Stock, Ingrid Weißmann und Jaqueline Zipperle.

Weitere Themen für die Tagesordnung werden nicht genannt.

Die Vorsitzende lässt die Tagesordnung sodann beschließen.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Verpflichtung der neuen Beiratsmitglieder - Kerstin Sauer

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 2	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A, B, C					

Protokoll:

Die Verpflichtung muss aufgrund der Abwesenheit der genannten Mitglieder ausfallen. Diese wird bei der ersten Sitzung im neuen Jahr nachgeholt.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Verabschiedung Protokoll vom 11.07.2024 - Kerstin Sauer

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 3	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A, B, C					

Protokoll:

Zum Protokoll vom 11.07.2024 werden keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche vorgetragen. Es wird in der vorliegenden Form genehmigt.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Vorstellung der Landesbehindertenbeauftragten Ellen Kubica und Vorstellung des Landesaktionsplanes - Ellen Kubica per Videozuschaltung

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 4	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A, B, C					

Protokoll:

Die Landesbehindertenbeauftragte Ellen Kubica musste kurzfristig krankheitsbedingt ihre Vorstellung absagen. Dies wird im neuen Jahr nachgeholt.

Stattdessen schlägt Frau Sauer vor, TOP 7 „Aktualisierter Maßnahmenkatalog des Beirates“ vorzuziehen. Die Mitglieder haben keine Einwände.

Der Maßnahmenkatalog wurde im Vorfeld an alle Beiratsmitglieder zur Vorbereitung auf die Sitzung verschickt.

Da die Beschlussfassung des Maßnahmenkatalogs nicht als Tagesordnung aufgeführt wurde, erfolgt diese in der nächsten Sitzung.

Beiratsmitglied Peter Clemens weist darauf hin, dass ein Punkt zu barrierefreien Hotels fehlt. Dies sollte noch aufgenommen werden.

Frau Gauch sagt, dass mehr schwerbehinderte Menschen, über die aktuelle Schwerbehindertenquote hinaus, bei der Stadtverwaltung beschäftigt werden sollten.

Herr Clemens fordert, dass mehr Geld für Menschen mit Behinderung im nächsten Jahr zur Verfügung steht, etwa für inklusive Wohnprojekte. Frau Sauer antwortet daraufhin, dass der Betrag beziffert und im städtischen Haushalt eingestellt werden muss.

Herr Rien berichtet, dass es in der Stadtklinik sowohl in den Zimmern als auch in den Toiletten keine Lichtanlagen für Gehörlose gibt.

Außerdem gebe es kommunikative Barrieren zwischen Ärzten und Gehörlosen, letztere würden die Anweisungen und Diagnosen häufig nicht verstehen, berichtet Herr

Rien. Auch sollten Formulare und Verträge in leichter Sprache sein. Es gibt einen QR-Code, mit dem Gehörlose die Informationen über ein Gebärdensprach – Video abrufen können.

Frau Gauch fragt, wie es mit den Maßnahmen weitergeht und schlägt vor, die Maßnahmen konkreter und präziser zu formulieren und zu priorisieren.

Die Vorsitzende sichert zu, das Maßnahmenpapier um die Änderungen zu ergänzen und nach der Beschlussfassung dem Oberbürgermeister zu übergeben.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Stellungnahme seitens der Verwaltung zum Tätigkeitsbericht des Beirates 2020 - 2024 - Bürgermeister Bernd Knöppel und Leiter des Bereiches Ordnung und Umwelt, Bernd Schönhardt

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 5	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag: <input type="checkbox"/>	Protokollanmerkungen und Änderungen: <input checked="" type="checkbox"/>	Kenntnisnahme: <input checked="" type="checkbox"/>	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigelegt: <input type="checkbox"/>	Unterschrift: <input type="checkbox"/>	
Abdruck an: A, B, C, 32					

Protokoll:

Stellungnahme des Bereiches Ordnung und Umwelt zum Tätigkeitsbericht des Beirates der Menschen mit Behinderung.

Durch den Bereich Ordnung und Umwelt wurde im Juni 2024 eine Stellungnahme zur Drucksache XVII/4155 gefertigt, welche aber nicht vorgetragen wurde.

Allgemeines

Die Ordnungsbehörde nimmt die Belange des Beirates der Menschen mit Behinderung sehr ernst. Dies bringt sie unter anderem zum Ausdruck, dass regelmäßig ein Vertreter in den Sitzungen des Beirates anwesend ist und dann Rede und Antwort steht. Im Tätigkeitsbericht sind einige Punkte enthalten, auf die der Bereich Ordnung und Umwelt gerne antworten würde. Zu einzelnen Inhalten des Tätigkeitsberichtes würde sich die Verwaltung gerne äußern:

1. Rollerparken

„Die mittlerweile auf Initiative des Beirates eingerichteten Motorradparkplätze führten nicht dazu, dass sich die Lage der Betroffenen im Wesentlichen verbessert hätte, weil nach wie vor eine konsequente Ahndung von rechtswidrig auf dem Gehweg abgestellten motorisierten Zweirädern durch den Verkehrsüberwachungsdienst nicht erfolgt“.

Antwort der Verwaltung:

Im Zusammenhang mit der Einrichtung von zusätzlichen Motorrad- bzw. Rollerparkplätzen wurde gegenüber dem Verkehrsüberwachungsdienst der Auftrag erteilt, auf dem Gehweg abgestellte Zweiräder zu verwarnen, was auch erfolgt.

Da das Fachverfahren leider keine statistische Extraktion der Fälle zulässt, wird ab Januar 2024 eine Excel-Tabelle geführt. Es wurden bisher 71 Verwarnungen erfasst, die Bediensteten des Verkehrsüberwachungsdienstes werden aktuell nochmals sensibilisiert und eine Nachfrage bei den Bediensteten bestätigten diese, dass aktuell Zweiräder tatsächlich verwarnet werden.

2. Parkraumkonzept

„Allerdings konnten in der AG Parkraumbewirtschaftung keine nennenswerten Fortschritte für den betroffenen Personenkreis erzielt werden“.

Antwort der Verwaltung:

Es entspricht den Tatsachen, dass die Erstellung des Parkraumkonzeptes bereits einige Jahre andauert. In einer interfraktionell besetzten Arbeitsgruppe wurden aufbauend auf die im Stadtrat beschlossenen Grundzielen, die weiteren Details einer Neuregelung beraten und diskutiert.

Auch verwaltungsintern wurde mit dem beauftragten Planungsbüro Detailfragen erörtert und hinsichtlich des Konzeptes bewertet. Die endgültige Fertigstellung des Konzeptes wurde im Lichte neuerer Entwicklungen und Erkenntnisse auf Pause gesetzt.

Im Rahmen der aufkommenden Elektromobilität hielt es die Verwaltung für sinnvoll, erst die Erstellung eines Konzeptes für die Einrichtung von E-Ladestationen abzuwarten. Ebenso sollte erst die Fertigstellung verschiedener Gutachten für den Radverkehr, den Fußgängerverkehr, den Autoverkehr abgewartet werden.

Ein eingerichteter Arbeitskreis, in dem u. a. auch die Fraktionen vertreten waren, hat mittlerweile mehrmals getagt und Aussagen getroffen, um erste Schritte einzuleiten. Leider musste die Verwaltung feststellen, dass Mitglieder der AG nicht immer zeitnah Fragen beantwortet oder Rückmeldungen eingereicht haben und oft erinnert werden mussten. In der Verwaltung bestehen Überlegungen das Parkraumkonzept in ein Mobilitätskonzept einzubinden.

3. Gehwegparken

„Dabei betonte der Beirat wieder und wieder, dass die illegale Beparkung von Gehwegen und der Fußgängerzone durch Kraftfahrzeuge dringend einzudämmen ist. Der Beirat fordert, durch eine Erhöhung des Kontrolldrucks ein regelkonformes Parkverhalten und somit eine Erleichterung der Benutzung des öffentlichen Verkehrsraums für Menschen mit Behinderung zu gewährleisten“.

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung ist sich bewusst, dass beim Gehwegparken eine Abwägung von verschiedenen Interessen erforderlich ist. Die bisherige Duldung des Gehwegparkens hat seine Begründung im gestiegenen Parkdruck bzw. in der enormen Zunahme der Kfz pro Haushalt.

Der AG Parkraumkonzept hat sich explizit nicht gegen eine weiterhin gültige Duldung ausgesprochen.

Die Forderung aus dem Beirat, die Restgehwegbreite von 1,20 m auf 1,50 m zu erhöhen, wurde umgesetzt. Die Verwaltung prüft zurzeit die Auswirkungen des neuen Urteils zum Gehwegparken.

Der Kontrolldruck hinsichtlich der Verstöße gegen die Regeln des ruhenden Verkehrs ist nicht nur unverändert hoch, sondern wurde in der Vergangenheit erhöht bzw. soll zukünftig weiter erhöht werden. So wurden die Dienstzeiten des Verkehrsüberwachungsdienst ausgeweitet, es existieren nun Früh-, Mittel- und Spätschichten, welche durchaus um 6:00 Uhr beginnen und in den Abendstunden enden.

Des Weiteren wurden neue Stellen im Verkehrsüberwachungsdienst geschaffen und für den Stellenplan 2025 eine zusätzliche Vollzeitstelle beantragt.

Zu bedenken ist hier, dass 200 km Straßenlänge nicht rund um die Uhr überwacht werden können.

4. Sondernutzungssatzung

„Der erste Entwurf für die neu zu gestaltende Sondernutzungssatzung wurde seitens des Beirats mit entsprechenden Anregungen versehen. Aber auch hier dringt der Beirat darauf, dass die genehmigten Sondernutzungen auflagen gerecht eingehalten werden, was ebenfalls lediglich mit einem gesteigerten Kontrollaufwand gewährleistet werden kann“.

Antwort der Verwaltung:

Die Anmerkungen des Beirates werden in die neue Satzung einfließen. Die Straßenverkehrsbehörde ist sich bewusst, dass die Anzahl der sogenannten Kundenstopper, Verkaufsstände, Auslagen usw. einer Reduzierung bedarf. Dies soll über eine Gestaltungsrichtlinie erfolgen.

Die neue Sondernutzungssatzung soll 2025 in Kraft treten. Die Anzahl der Altkleidercontainer wurde durch ein Standortkonzept um rd. 1/3tel auf 97 Container reduziert. Die erste planmäßige Begehung der Innenstadt zur Überprüfung, ob die Vorgaben der Sondernutzungserlaubnisse eingehalten werden, erfolgte am 29.01.2024. Dabei wurden neun Sondernutzungen festgestellt, welche sich über das erlaubte Maß ausbreitet haben. Elf Sondernutzungen hatten gar keine Erlaubnis.

Im Rahmen der letzten planmäßigen Begehungen am 16.04.2024 wurden keine Verstöße festgestellt.

Der KVD kontrolliert im Rahmen des bestehenden Bestreifungsplanes Sondernutzungen. Auf Veranlassung des BMB wurde in der Erzbergerstraße ein hindernder Zigarettenautomat entfernt.

5. Verbotene Ein- bzw. Durchfahrten

„Da eine bessere Begehbarkeit des öffentlichen Verkehrsraums auch vom (illegalen) Befahren durch Fahrzeuge abhängig ist, soll gegenüber der Landespolizei verdeutlicht werden, wie wichtig hier ein Einschreiten notwendig ist, auch um eine einheitliche Vorgehensweise mit der Stadt bzgl. des ruhenden Verkehrs zu zeigen.“

Antwort der Verwaltung:

Die Kontrolle der Einhaltung der Regeln des fließenden Verkehrs obliegt der Polizei. Dazu gehören auch die Radler oder E-Scooter in der Fußgängerzone oder die einfahrenden Autos. Es gibt gemeinsame Kontrollen der Polizei und des kommunalen Vollzugsdienstes in der Fußgängerzone.

Der Bereich Ordnung und Umwelt bittet um Verständnis, dass der kommunale Vollzugsdienst nicht alleine tätig werden kann, da dies ein rechtswidriges Eingreifen in den Straßenverkehr darstellen würde.

Als 1. Maßnahme sollen die Schilder am Anfang der Fußgängerzone geändert werden, um deutlicher die Ausnahmeregelungen darzustellen. Außerdem prüft die Verwaltung zurzeit, ob zumindest die Aufgaben der Überwachung der Fußgängerzone von der Polizei auf die Stadt übertragen werden können.

6. Barrierefreies Strohhutfest

„Die Mitglieder des Beirats machten verschiedene Vorschläge, um insbesondere rollstuhlfahrenden Menschen die Teilnahme am Strohhutfest zu erleichtern (weitere behindertengerechte Toiletten, Kabelbrücken, extreme Parkverstöße). Diese wurden z.T. auch bei anderen Veranstaltungen (z.B. Bauernmarkt) realisiert. Es gilt, die Mitglieder des Beirats mit ihrer Expertise einzubeziehen und diesbezüglich Zusagen ihnen gegenüber auch einzuhalten, was z.B. in Vorbereitung des Strohhutfests leider nicht geschehen ist“.

Antwort der Verwaltung:

In der Sitzung des Beirates am 21.07.2022 wurden einige Forderungen bezüglich der Barrierefreiheit des Strohhutfestes gestellt. Die Forderungen des Beirates wurden erstmal beim Strohhutfest 2023 umgesetzt. Eine Teilnahme am Sicherheitsrundgang am Mittwoch vor der Eröffnung des Festes scheiterte im Jahr 2023, weshalb in der Sitzung des Beirates am 08.02.2024 folgende Punkte mündlich mitgeteilt wurden:

- Im nördlichen Festbereich, in Höhe Riesenrad, wurde ein zusätzliches Behinderten-WC aufgestellt.
- Die Standorte der Behinderten-WCs wurden sichtbarer ausgeschildert.
- Es wurde eine Spur mit eigens beschafften Kabelbrücken von Nord nach Süd verlegt, soweit dies aufgrund der baulichen Situation möglich ist. Testweise ist dies bereits beim Bauernmarkt erfolgt.

- Die Beschicker wurden auf die Belange der Menschen mit Behinderung hingewiesen und für deren Bedarfe sensibilisiert.

Zum Strohhutfest 2024 wurde eine Vertreterin des Beirates persönlich zum Sicherheitsrundgang am Mittwoch eingeladen und die Teilnahme erfolgte. Das Mitglied bezeichnete die Berücksichtigung der Bedürfnisse der behinderten Menschen als in Ordnung.

7. Fremdanzeigen oder Informationen zum Verkehrsüberwachungsdienst

Es besteht die Möglichkeit, sogenannte Fremdanzeigen per E-Mail zu stellen. Dazu werden folgende Angaben benötigt:

- Datum,
- Uhrzeit,
- Ort,
- Kfz-Kennzeichen,
- Art des Verstoßes,
- Fotos, aus denen der Verstoß und das Kfz-Kennzeichen eindeutig erkennbar sind,
- Bestätigung als Zeuge zur Verfügung zu stehen.

Bitte beachten, dass mit der Einführung des Handyparkens kein Parkschein mehr im Fahrzeug ausliegt.

Die Handynummer des Verkehrsüberwachungsdienstes lautet 01525/4606576 und es ist in den üblichen Dienstzeiten erreichbar.

8. Schwerpunktaktionen

Mit der Leitung der Polizei finden auf Ebene des Oberbürgermeisters, des Ordnungsdezernenten oder des Bereiches Ordnung und Umwelt Gespräche zu Schwerpunktaktionen statt. Inhalte sind unter anderem:

- gemeinsame Fahrradstreifen,
- gemeinsame Kontrollen in der Fußgängerzone,
- Bildung von Sicherheitspartnerschaften.

Die Mitglieder des Beirates sollten bei Kontrollaktionen eingebunden werden.

Frau Sauer fordert, dass generell sonntags häufigere Kontrollen des ruhenden Verkehrs erfolgen sollten.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Müllabfuhr/Mülltonnen - Peter Clemens

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 6	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A, B, C, 83					

Protokoll:

Beiratsmitglied Peter Clemens berichtet, dass der Stadtrat beschlossen hat, dass Müllsammelfahrzeuge nur noch in Ausnahmefällen bzw. gar nicht mehr rückwärtsfahren dürfen. Es wurde hier versäumt, dass der Beirat in dieser Sache angehört werden muss. Der Beirat wurde über diese Entscheidung erst durch die Presse informiert. Es gab in der Vergangenheit viele tödliche Unfälle. Rückwärtsfahren ist nur noch in Ausnahmefällen und unter strengen Sicherheitsauflagen (Einweiser, elektronische Einrichtungen etc.) zulässig. Er fragt, welche Straßen in Frankenthal und den Vororten vom „Rückwärtsfahrverbot“ betroffen sind und ob für die betroffenen Straßen Sammelstellen ausgewiesen werden.

Weiterhin stellt er Fragen, welche Möglichkeiten die Stadtverwaltung bzw. der EWF für Menschen mit Behinderung und alten Menschen anbietet, die ihre Mülltonne nicht zum Sammelplatz bringen können und sich den kostenpflichtigen Service nicht leisten können.

Darüber hinaus fragt er, ob es Anweisungen von der EWF an das zuständige Entsorgungsunternehmen (Gelber Sack) gäbe und wie die Mülltonnen an den Sammelplätzen sichergestellt werden können, um niemanden einzuschränken. Außerdem stellt sich die Frage, wie aus der Sicht der Stadtverwaltung die Barrierefreiheit auf Gehwegen gewährleistet werden kann, sobald die geleerten Mülltonnen zurück am Platz gestellt werden.

Herr Knöppel möchte an dieser Stelle entschuldigen, dass der Stadtrat leider versäumt hat, den Beirat der Menschen mit Behinderung einzuladen.

Herr Kevin Adams, stellvertretender Abteilungsleiter Abfallwirtschaft- und Straßenreinigung beim Eigen- und Wirtschaftsbetrieb Frankenthal (EWF), erläutert auf

Nachfrage von Beiratsmitglied Peter Clemens das neue Konzept, das aufgrund einer gesetzlichen Neuregelung erstellt worden sei. In Teilen ist es bereits umgesetzt.

Die Bestimmungen seien wegen schwerer Unfälle bundesweit erlassen worden. Rückwärtsfahrten seien nur mit Einweisung erlaubt. Dafür müsse die Mindestbreite der Straße 3,90 Meter betragen und die Rückwärtsfahrt dürfe nicht mehr als 150 Meter betragen. Bei kurzfristigen Einschränkungen, beispielsweise Baumaßnahmen, könne es die Länge der Rückwärtsfahrt betreffend Ausnahmen geben.

Um das Rückwärtsfahren zu vermeiden, seien einige Fahrstrecken geändert und Sammelstellen für zweirädrige Mülltonnen eingerichtet worden. Bei einem kleinen Teil von Anfahrten werden bauliche Veränderungen vorgenommen, damit die Abfuhr geleistet werden kann. Es gibt an einigen Plätzen mit Fahrzeugen, da kommt die Müllabfuhr nicht durch. Dort sollen nun Parkverbotsschilder aufgestellt werden. Alle Bürger, die von den Veränderungen betroffen sind, haben schriftlich Informationen vom EWF bekommen, berichtet Herr Adams.

Herr Clemens bemängelt, dass Menschen mit Behinderung selbst nicht ihre Abfallbehälter bereitstellen können und einen kostenpflichtigen Service in Anspruch nehmen müssen.

Die Vorsitzende des Beirates, Kerstin Sauer, sagte, dass es für stark Sehbehinderte oder Blinde nicht ausreicht, einfach die Mülltonnen herauszustellen. Manchmal stellen die Mitarbeiter des EWFs die Mülltonnen nicht am gleichen Platz zurück. Herr Adams antwortet darauf, dass es bereits Versuche mit Blindenschrift auf den Behältern gebe, aber nicht in der Region.

Bei Fragen könne man sich auf der Homepage des EWFs kundig machen, eine E-Mail schreiben an ewf.service@frankenthal.de oder die Nummer 06233 89 777 anrufen.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Aktualisierter Maßnahmenkatalog des Beirates für einen kommunalen Aktionsplan - Kerstin Sauer

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 7	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A, B, C					

Protokoll:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde als TOP 4 behandelt.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Verschiedenes - Bastienne Bischof

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 8	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A, B, C					

Protokoll:

1) Die Geschäftsführerin des Beirates Bastienne Bischof berichtet über die Veröffentlichung des Zeitungsartikels „Der Traum vom barrierefreien Rathaus – Zugang“, das am 08. Oktober 2024 in der Rhein-Pfalz-Zeitung erschienen ist. Sie befürwortet, dass man auf die mangelnde Barrierefreiheit im Rathaus hinweist. Dennoch würde sie sich wünschen, dass die Geschäftsstelle vorher informiert wird.

2) Die Überwachungsstelle für barrierefreie Informationstechnik in RLP hatte im Sommer die Homepage der Stadt Frankenthal auf Barrierefreiheit überprüft und ist zum Ergebnis gekommen: Circa 58 % der geprüften Kriterien sind nicht erfüllt. Die Geschäftsstelle bittet die Beiratsmitglieder, die städtische Homepage unter www.frankenthal.de zu überprüfen und die fehlende Barrierefreiheit mitzuteilen.

3) Sie teilt die Sitzungstermine im Jahr 2025 mit:

- Donnerstag, 06.02.2025, um 17 Uhr
- Donnerstag, 15.05.2025, um 17 Uhr
- Donnerstag, 21.08.2025, um 17 Uhr
- Donnerstag, 27.11.2025, um 17 Uhr.

An allen Terminen findet die Beiratssitzung im Sitzungssaal des Neumayerring 72 statt.



XVIII. Wahlperiode 2024 – 2029

Aktenzeichen: 10 – G/T

Datum: 20.12.2024

Hinweis:

Bekanntgabe der Ergebnisse aus dem nicht-öffentlichen Teil

Beratungsergebnis:

Gremium BMB	Sitzung am 28.11.2024	Top 10	Öffentlich: <input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig: <input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen: <input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich: <input type="checkbox"/>	Mit Stimmenmehrheit: <input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen: <input type="checkbox"/>
Laut Beschluss- vorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen	Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Ver- waltung ist beigefügt:	Unterschrift:	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
Abdruck an: A, B, C					

Protokoll:

Im nicht – öffentlichen Teil wurde das Thema „Öffentlichkeitsarbeit des Beirates“ behandelt.

Ergebnis:

Der Beirat wird seine Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und vermehrt Aktionen durchführen.

Die Vorsitzende bedankt sich für die Beiträge und schließt die Sitzung.